

\* Dieter Schenk \*  
\* Lampertsfeld 3 \* D-36277 Schenk lengsfeld \*

- eMail [DSchenk@t-online.de](mailto:DSchenk@t-online.de) \*

## **Brüchiges Eis**

Gastbeitrag in „Newsweek“ (Polen) v. 20.9.2004 zur deutsch-polnischen Kontroverse über Vertreibung und Entschädigung

Wenn ich in Schulen zu Lesungen eingeladen werde, spreche ich auch darüber, dass in den ersten drei Monaten des Herbstes 1939 allein im Raum Danzig zwischen 52000 und 60 000 Menschen von Gestapo, SS, Polizei, Selbstschutz und Militär ermordeten wurden. Da diese abstrakte Zahl mit normalem Verstand nicht zu begreifen ist, erkläre ich den Schülern am Beispiel der Nachbarstadt Fulda (60 000 Einwohner), sie möchten sich vorstellen, dass in den Monaten September bis Oktober bewaffnete Kräfte in Fulda einmarschierten und innerhalb eines Vierteljahres alle Einwohner töten.

Bei der Diskussion um Vertreibung und Entschädigung sollte man in Deutschland diese Dimension nicht aus dem Auge verlieren, denn das war erst der Anfang und endete 1945 mit Auschwitz (über 2 Millionen Opfer), Belzec (600 000 Opfer), Sobibor (250 000 Opfer), Treblinka (900 000 Opfer), Chelmnno (152 000 Opfer) sowie 700 000 Toten in Ghettos, Arbeitslagern und infolge von Morden der Einsatzgruppen und durch Exekutionen. Diese Zahlen sind so schockierend, dass viele Deutsche sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen beziehungsweise sie verdrängen. Angesichts dieser grauenhaften und weltweit einmaligen Bilanz der Nazi-Schreckensherrschaft haben wir Deutsche für immer das Recht verloren, daraus resultierende Ansprüche gegenüber Staaten der ehemaligen Kriegsgegner zu stellen. Brennende Scham ist stattdessen angesagt – auch heute noch durch nachfolgende Generationen, die zwar keine Schuld trifft, aber die Verantwortung tragen, dass dieses düstere Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Ich verstehe recht gut, wenn polnische Bürgerinnen und Bürger sich fragen: Was bilden sich die Deutschen eigentlich ein? Wie können sie es wagen, eine einseitige Erinnerungskultur für Vertriebene zu entwickeln oder gar von Entschädigung zu reden, wenn sie so viel Leid über unser Volk gebracht haben?

An dieser Stelle ist allerdings eine Einschränkung angebracht: Es sind nicht „die Deutschen“, die so denken, sondern eine Minderheit. Es ist Segen und Fluch der Demokratie, solchen Ignoranten am rechten oder linken Rand der Gesellschaft nicht einfach den Mund verbieten zu können, sondern ihre demagogische Wirkung ertragen zu müssen.

Die Verantwortlichen an der polnischen und deutschen Staatsspitze haben eindeutige Zeichen gesetzt. Ich erinnere an die „Danziger Erklärung“ vom 31. Oktober 2003 durch Präsident Aleksander Kwasniewski und Bundespräsident Johannes Rau, wonach Freundschaft von Versöhnung lebt. Nach seinem Amtsantritt galt der erste Staatsbesuch des neuen Bundespräsidenten Horst Köhler noch vor Frankreich dem Nachbarland Polen. Köhler distanzierte sich am 15. Juli 2004 in einer Tischrede in Warschau mit eindeutigen Worten von der „Preußischen Treuhand“ und schloss sich der „Danziger Erklärung“ an. Schließlich hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August 2004, dem Jahrestag des Warschauer Aufstandes, die Ehre, im Sejm zu sprechen. Er sagte, dass es keinen Raum gebe für Restitutions-Ansprüche aus Deutschland und erteilte einem „Nationalen Zentrum der

Vertreibung“ in Berlin eine Absage. Stattdessen: „Wir beugen uns heute in Scham angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen.“

Waren damit die polnisch-deutschen Beziehungen wieder in Ordnung? Mitnichten. Eine neue Qualität schuf die Resolution des Sejm in diesen Tagen, in der nahezu einstimmig die polnische Regierung aufgefordert wird, gegenüber Deutschland Reparationsforderungen zu stellen. Wahlkampf hin oder her, überrascht die Einmütigkeit der Abgeordneten, die das polnische Volk repräsentieren, also auch ein Spiegelbild der Stimmung im Lande sind.

Die Frage von Vertreibung und Entschädigung hat nicht nur eine politische Dimension, sondern auch eine psychologische, moralische und juristische.

Politisch reagieren die Führungskräfte beider Länder besonnen und um Ausgleich, Verständigung und Freundschaft bemüht. Ministerpräsident Marek Belka wies die Forderungen des Parlaments zurück, das polnische Außenministerium betrachtet die Frage der Reparationen für abgeschlossen. Dass sich deutsche Hinterbänkler zu Wort melden, die an die in meinen Augen selbstverständliche deutsche Unterstützung für Polens EU-Beitritt glauben erinnern zu müssen oder gar „zur Entkrampfung der Situation polnische Gesten bei der Rückgabe von Kulturgütern fordern“, ist ärgerlich – um nicht zu sagen lächerlich -, bleibt aber Einzelmeinung. Schwerer wiegt, wenn SPD-Chef Franz Müntefering von einer Provokation spricht (zitiert nach „Die Welt“ v. 13.9.2004).

Eine psychologische Erklärung für die polnische Parlamentsinitiative könnte eine Trotzreaktion auf die Forderungen des „Bundes der Vertriebenen“ und der „Preußischen Treuhand“ sein. Aber es spielen sicher auch Ängste der polnischen Bevölkerung hinein, mit Gerichtsverfahren konfrontiert zu werden. Hinzu kommen eine berechtigte Empörung und eine Verletzung des eigenen Gerechtigkeitsgefühls. Vor allem ist etwas berührt, was in Deutschland aus Oberflächlichkeit oder Ignoranz zu wenig Beachtung findet, dass es nämlich auch um die Würde des polnischen Volkes geht. Polen hat hintereinander zwei Diktaturen und Teilungen ertragen müssen. Die Opfer haben durch ihre Unterdrücker so gut wie alles verloren, was man ihnen aber nicht rauben konnte – soweit sie am Leben blieben -, war ihre Würde – so wie auch der geifernde Präsident des Volksgerichtshofes den angeklagten Widerständlern des 20. Juli ihre Würde nicht nehmen konnte. Die Anmaßung, nach Millionen von Verbrechen gegen das polnische Volk zu glauben, erneut Forderungen stellen zu können, ist eine unglaubliche Beleidigung und ein Verstoß gegen die Würde von Menschen, die sich heute überwiegend als freundschaftlich verbunden mit Deutschland fühlen. Dass sie nach allem, was geschehen ist, verzeihen konnten, erfüllt mich bei meinen häufigen Besuchen in Polen immer wieder mit dankbarem Erstaunen.

Die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“, Erika Steinbach, wirft in einer ihrer letzten öffentlichen Äußerungen („Tag der Heimat“ am 12. September 2004 in Frankfurt/Main) der deutschen Regierung vor, sich „unanständig“ gegen Vertriebene zu verhalten, weil sie Entschädigungsforderungen an Polen eine Absage erteile (zitiert nach FAZ v. 13.9.2004). Frau Steinbach versteht nichts von Anstand. Ihre Haltung ist schlichtweg als unmoralisch zu bezeichnen, nämlich ein grober Verstoß gegen die kollektiven Wertvorstellungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland. Mit ihren Forderungen verstoßen sie und der „Bund der Vertriebenen“ nicht nur gegen Normen des Grundgesetzes, sondern verwechseln permanent Ursache und Wirkung. In Polen ist nichts geschehen ohne Kausalität, also ohne Hunderttausendfache Deportation in das Generalgouvernement, in Ghettos, in Konzentrationslager und Vernichtungslager oder von 2,3 Millionen polnischer Sklavenarbeiter (einschließlich 300 000 polnischer Kriegsgefangener) in das Deutsche Reich. Sogar vor Kindern hat man nach Himmlers perversen Plänen nicht Halt gemacht, sie ihren Eltern entrissen, um sie in Deutschland zu „arisieren“. Insgesamt waren fast 6 Millionen

polnische Staatsbürger Opfer der deutschen Besatzung geworden, darunter mindestens 2,7 Millionen Juden und rund 50% der nichtjüdischen Intelligenz. Polen hat somit ein Fünftel seiner Vorkriegsbevölkerung verloren; das polnische Judentum war nahezu vollständig ausgelöscht worden (Enzyklopädie des Nationalsozialismus). Man möchte Frau Steinbach und ihren Anhängern zurufen, endlich zu verstummen und in sich zu kehren. Ursächlich für die Vertreibung von 5,7 Millionen Deutschen war das Nazi-Regime, nicht das von diesen Verbrechern dezimierte und selbst aus seinem Osten vertriebene Polen. Ansprüche sollten daher allenfalls an den deutschen Staat gestellt werden.

Juristisch stehen beiderseitige Entschädigungsforderungen auf dünnem Eis und berühren Völkerrecht wie Zivilrecht gleichermaßen. Es wäre hilfreich, wenn der polnische Verfassungsgerichtshof (Constitutional Tribunal) und das deutsche Bundesverfassungsgericht baldmöglichst mit dem Themenkomplex befasst würden, um eine klare Rechtslage zu gewinnen.

Das deutsch-polnische und polnisch-deutsche Verhältnis haben bereits gelitten und sind in Gefahr, sich weiter zu verschlechtern. Es gibt zahlreiche Netzwerke zwischen beiden Ländern, deren Stärke jetzt einer Zerreißprobe unterliegen, die aber auch Hoffnung machen, dass Völkerverständigung und Freundschaft die Krise überstehen.

Deutschland hat hohe Reparationszahlungen an Israel geleistet, im Vergleich zu Polen besteht unter anderem aus Gründen des Kalten Krieges ein Missverhältnis. Eine politisch weise Entscheidung könnte sein, Polen eine symbolische Entschädigung zu zahlen, wenn es dem Frieden zwischen zwei Völkern dient. Wichtiger als die Höhe des Betrages wäre die damit verbundene Anerkennung der Schuld.